



# Unsere Bilanz in Stichworten

Agenda 2010

## **ALLGEMEIN**

**SOLIDARISCHE BÜRGERGEMEINSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT**

**NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT**

**DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT**

**EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG**

**DAS SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPA**

**NACHHALTIGER FORTSCHRITT**

**BILDUNG IN DER LERNENDEN GESELLSCHAFT**

## **IMPRESSUM**

### **HERAUSGEBER**

**SPD-BUNDESTAGSFRAKTION  
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN**

**PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN  
PETRA ERNSTBERGER, MDB**

### **TEXT**

**PLANUNGSGRUPPE**

### **REDAKTION**

**RALF BERGMANN**

### **TITELBILD**

**PICTURE ALLIANCE/AKG**

**DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT  
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION, SIE DARF WÄHREND EINES  
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.**

## Vorwort

---



Seit zehn Jahren regieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Deutschland. Diese zehn Jahre waren und sind gut für unser Land. Unsere Gesellschaft ist heute liberaler, toleranter und offener. Deutschlands Wirtschaft ist heute moderner und wettbewerbsfähiger. Sie ist zur Konjunkturlokomotive Europas geworden.

Wir haben, trotz weltwirtschaftlicher Risiken, einen kraftvollen Aufschwung erreicht und die gute wirtschaftliche Entwicklung hält an. Mit 40 Millionen Beschäftigten sind mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. Allein im letzten Jahr haben mehr als eine halbe Million Menschen einen regulären Arbeitsplatz gefunden. In diesem Jahr können wir es schaffen, die Grenze von drei Millionen Arbeitslosen zu unterschreiten.

Wir Sozialdemokraten haben die richtigen Themen: Wir haben als erste die Notwendigkeit des Umsteuerns in der frühkindlichen Förderung erkannt. Zum einen, um durch frühe Betreuung die Bildungschancen zu steigern, zum an-

deren, um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Wir haben durch die Erhöhung und Ausweitung des BAföG mit dazu beigetragen, dass Studium und Bildung nicht wieder zum Privileg für Kinder von besser verdienenden Eltern wird.

Gute Bildung ist die Voraussetzung, möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern gute und gut entlohnte Arbeit zu ermöglichen. Wir haben mit der von der rot-grünen Koalition initiierten Arbeitsmarktreform fast zwei Millionen Menschen in neue Beschäftigung gebracht. Jetzt kommt es darauf an, diese Beschäftigung zu verstetigen und viele noch zu schlecht bezahlte Jobs in gute Arbeitsverhältnisse zu überführen. Zur Verteilungsgerechtigkeit gehört es, dass Mindestlöhne festgeschrieben werden. Wir nutzen da die gesetzlich vorhandenen Spielräume, um zu einem Mindestlohn für möglichst alle Branchen zu kommen.

Guter Arbeit soll im letzten Lebensabschnitt ein auskommendes Ruhegehalt folgen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das nur möglich, wenn das Rentenalter langfristig – bis zum Jahr 2029 – schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird. Wir wissen, dass dieser notwendige Schritt von vielen als Belastung empfunden wird. Deswegen haben wir einen Katalog flexibler Übergänge erarbeitet für alle, die aus gesundheitlichen Gründen einer verlängerten Arbeitszeit nicht standhalten können.

Unsere Reformpolitik hat Mut gemacht, dass wir Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen, sondern auch besiegen können. Das Ziel der Vollbeschäftigung ist erstmals wieder in erreichbare Nähe gerückt. Wir dürfen es jetzt nicht mehr aus den Augen verlieren, sondern müssen den eingeschlagenen Weg weiter gehen.

In 38 Stichworten stellen wir nachstehend in aller Kürze die Ergebnisse unserer Arbeit in der großen Koalition vor. Diese Bilanz macht deutlich: Die SPD steht mit ihrer Arbeit im Bundestag für das soziale Deutschland. Unsere Aufgabe ist es, das soziale Deutschland nicht nur für die Gegenwart zu sichern, sondern auch für die Zukunft zu gestalten. Deshalb ist es gut und notwendig, dass eine starke Sozialdemokratie an der Regierung unseres Landes beteiligt ist.

Rehrich

## Stichwort 1: So viel Beschäftigung wie noch nie – Vollbeschäftigung ist möglich

Niemals gab es in Deutschland so viele Beschäftigte wie heute: Über 40 Millionen Erwerbstätige und rund 27,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind ein großer Erfolg unserer Politik.

Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,5 Prozent. Das ist der geringste Wert der gesamten Nachwendezeit.

Allein im letzten Jahr haben mehr als 600.000 Menschen eine reguläre Beschäftigung gefunden.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Uns geht die Arbeit nicht aus. Im Gegenteil: In diesem Sommer können wir es schaffen, die Grenze von 3 Millionen Arbeitslosen zu unterschreiten. Vollbeschäftigung ist wieder möglich.



## Stichwort 2: Mindestlohn für 3,3 Millionen Menschen

Menschen müssen von ihrem Lohn auch ohne staatliche Unterstützung leben können. Deshalb setzen wir uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Erste Schritte sind uns trotz des Widerstands der Union gelungen.

Wir haben den Mindestlohn im Postdienstgewerbe zum 1. Januar 2008 eingeführt. Der Wegfall des Briefmonopols wird damit im Postbereich nicht zum Wettbewerb um schlecht bezahlte Arbeitsplätze führen. Und: Zum 31. März 2008 haben weitere acht Branchen die Aufnahme in das Arbeitnehmerentendegesetz beantragt. Insgesamt wären damit mehr als 3,3 Millionen Menschen in den Schutz des Mindestlohnes einbezogen. Wie halten an dem Ziel eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns fest.

### Stichwort 3: Längeres Arbeitslosengeld für Ältere

Ältere Arbeitslose erhalten seit 2008 länger Arbeitslosengeld. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt. Über 50-Jährige erhalten 15 Monate Arbeitslosengeld, über 55-Jährige 18 Monate und über 58-Jährige erhalten 24 Monate Arbeitslosengeld I. Besonders wichtig: Rüttgers und die Union wollten diese Maßnahmen durch Leistungskürzungen bei Frauen und Jüngeren finanzieren. Wir haben das verhindert.

## Stichwort 4: Sinkende Sozialversicherungsbeiträge

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist innerhalb eines Jahres um fast die Hälfte gesunken – von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent. So niedrig war der AV-Beitrag seit 1981 nicht mehr. Für die Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto ist das eine Entlastung von 40 Euro monatlich gegenüber 2006, aufs Jahr gerechnet 480 Euro!

Insgesamt liegen die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke. Das gilt auch nach der Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages um 0,25 Prozentpunkte.

## Stichwort 5: Neue Chancen für benachteiligte Jugendliche

Wir wollen, dass auch benachteiligte Jugendliche eine faire Chance auf dem Ausbildungsmarkt erhalten. Deshalb führen wir befristet einen Ausbildungsbonus ein, mit dem 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis zum Jahr 2010 geschaffen werden sollen. Der Ausbildungsbonus soll Arbeitgeber dazu veranlassen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderbedürftige junge Menschen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen, bereitzustellen.

## Stichwort 6: Das BAföG steigt

Zum Wintersemester 2008/2009 wird das BAföG deutlich erhöht. Die Höchstfördersätze für Studierende steigen um 10 Prozent und damit von 585 Euro auf etwa 643 Euro. Die Freibeträge erhöhen wir um 8 Prozent. Dadurch erhalten mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch. Weitere Verbesserungen gibt es auch beim Betreuungszuschlag für Studierende mit Kindern. All das schafft mehr Chancengleichheit in der Bildung.

## Stichwort 7: Das Wohngeld wird erhöht

Zum 1. Januar 2009 steigt das Wohngeld: Es wird von durchschnittlich 90 auf 142 Euro erhöht (+60 Prozent). Die Wohngelderhöhung ist ein wichtiger Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit, die vor allem Rentnern und Familien mit Kindern hilft. Mit der Einbeziehung der Heizkosten in die Wohngeldberechnung machen wir diese Sozialleistung zukunftsfest und helfen über 800.000 Menschen in Deutschland.

## Stichwort 8: Partnerschaftliche Erziehung durch das Elterngeld

Auf unsere Initiative hin hat die Große Koalition das Elterngeld eingeführt. Das Elterngeld ersetzt in der Regel bis zu 14 Monate das durch die Kinderbetreuung entfallende Einkommen des Partners oder der/des Alleinerziehenden in Höhe von 67 Prozent. Wir schaffen damit die Rahmenbedingungen, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen. Der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes wird damit gesichert.

## Stichwort 9: Wir sorgen für den weiteren Ausbau der Kita-Plätze

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz haben wir den Anfang gemacht, jetzt forcieren wir das Tempo: Der weitere Ausbau der Krippenplätze ist nach dem Elterngeld die nächste Stufe in der Reihe sozialdemokratischer Schritte zur Förderung junger Familien. Bis 2013 wollen wir die Anzahl der Plätze auf 750.000 erhöhen. Damit sorgen wir für gleiche und bessere Bildungschancen für Kinder, eine bessere Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, die Vermeidung von Familienarmut und echte Wahlfreiheit für Eltern. Zudem haben wir gegen den Willen der Union den Rechtsanspruch ab 2013 durchgesetzt. Mit dem Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Eltern einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen und dass die Gelder, die der Bund den Ländern gibt, auch in den Ausbau der Krippen investiert werden. Wir haben auch die dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten durchgesetzt. Nur so können die Kommunen ihrer neuen Aufgabe gerecht werden.

## Stichwort 10: Wir verbessern den Kinderzuschlag

Eltern mit geringem Einkommen können für ihre Kinder einen Kinderzuschlag erhalten. Dies trifft auf Eltern zu, die mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt leben und über Einkommen und Vermögen verfügen, das es ihnen ermöglicht, zwar ihr eigenes Existenzminimum, nicht aber das ihrer Kinder zu decken. Mit der Weiterentwicklung des Kinderzuschlags werden wir zusätzlich rund 50.000 Berechtigte mit rund 120.000 Kindern erreichen. Kinderarmut wird somit vermindert.

## Stichwort 11: Vorrang von Kindern

Mit einer Reform des familienrechtlichen Unterhaltsrechts haben wir die Rechte und die Versorgung von Kindern weiter gestärkt. Minderjährigen Kindern wird bei der Gewährung von Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt.

## Stichwort 12: Die Wirtschaft wächst

Trotz aller negativen internationalen Vorzeichen: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist weiter robust. Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes im letzten Jahr um 2,4 Prozent, erwarten wir für dieses Jahr ein Wachstum von 1,7 Prozent. Wichtig ist jetzt, dass der Wirtschaftsaufschwung auch tatsächlich bei den Menschen ankommt – zum Beispiel durch höhere Bruttolöhne. Mit unserem 25-Milliarden-Euro-Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung setzt der Staat die richtigen Rahmenbedingungen für ein dauerhaftes Wachstum.



## Stichwort 13: Gute Perspektiven für Ostdeutschland

Wir haben den Aufbau Ost mit dem 2001 beschlossenen Solidarpakt II auf eine sichere Grundlage gestellt, damit durch die gezielte Förderpolitik eine eigene tragfähige wirtschaftliche Struktur wachsen kann. Heute werden in vielen Regionen die Erfolge unserer Politik sichtbar. Damit auch Langzeitarbeitslose neue Chancen bekommen und der Aufschwung nicht an ihnen vorbeigeht, ermöglichen wir mit einem neuen Instrument (Kommunal-Kombi) in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen, gemeinnützigen Bereich.

## Stichwort 14: Weniger Bürokratie

Weniger Bürokratie schafft neue Handlungsspielräume und verbessert Chancen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Mit dem 1. und 2. Mittelstandsentslastungsgesetz wurden eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie auf den Weg gebracht. Insgesamt haben wir damit die Wirtschaft um jährlich 4,4 Milliarden Euro entlastet. Der eingesetzte Nationale Normenkontrollrat hat die Aufgabe, Gesetze auf ihre kostenmäßige bürokratische Auswirkung hin zu überprüfen und ggf. Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

## Stichwort 15: Wir erleichtern Unternehmensgründungen

Wir erleichtern Unternehmensgründungen. Wir machen die Rechtsform der GmbH für den deutschen Mittelstand attraktiver und stärken so den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vorgesehen ist z. B. ein notariell beurkundeter Mustergesellschaftsvertrag für unkomplizierte, kostengünstige und unbürokratische GmbH-Standardgründungen. Wir haben auch eine Einstiegsvariante der GmbH geschaffen, für die kein Mindeststammkapital nötig ist.

## Stichwort 16: Das Gebäudesanierungsprogramm ist der Motor für Arbeit im Baugewerbe

Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist eine Erfolgsgeschichte. Es dient dazu, die energetische Gebäudesanierung durch zinsgünstige Kredite der KfW zu beschleunigen. Dadurch werden CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert und gleichzeitig Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen und erhalten.

2006 und 2007 wurden mit den Fördermitteln über 400.000 Wohnungen energetisch saniert und zusätzlich rund 107.000 Wohnungen in besonders energiesparender Bauweise errichtet.

## **Stichwort 17: Wir konsolidieren den Bundeshaushalt und stärken die Zukunftsbereiche**

Mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik setzen wir die richtigen Zeichen. Wir geben Impulse zur Stabilisierung und Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs, konsolidieren den Haushalt, senken die Nettokreditaufnahme und verändern den Haushalt strukturell – weg von vergangenheitsbezogenen Ausgaben hin zu Zukunftsaufgaben in solchen Bereichen wie Familie und Bildung. Im Jahr 2008 liegt die Nettokreditaufnahme so niedrig, wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir halten an dem Ziel fest, 2011 ohne neue Schulden auszukommen.

## **Stichwort 18: Abbau von Steuervergünstigungen**

Wir machen ernst beim Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. So haben wir beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger können Verluste nur noch mit Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnen.

## Stichwort 19: Starke Schultern müssen mehr tragen

Leistungsgerechtigkeit fordert eine höhere Besteuerung großer Einkommen und hoher Vermögen. Deshalb haben wir die Reichensteuer eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Für große Einkommen, ab einem Jahresbrutto von 250.000 Euro für Ledige und 500.000 für Verheiratete, haben wir den Spitzensteuersatz auf 45 Prozent erhöht.

## Stichwort 20: Deutschland hat ein neues Unternehmensteuerrecht

Seit 1. Januar 2008 hat Deutschland ein neues reformiertes Unternehmensteuerrecht, das international wettbewerbsfähig ist. Unternehmen werden animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Das stärkt den Standort Deutschland.

Es geht nicht um Geschenke für Unternehmen und Unternehmer, sondern darum, neue Arbeitsplätze und Investitionen in Deutschland zu schaffen und dabei gleichzeitig die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen und für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen.

## Stichwort 21: Die Gewerbesteuer bleibt erhalten

Vor der Bundestagswahl wollten CDU/CSU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen. Im Zuge der Unternehmenssteuerreform konnten wir erreichen, dass die Gewerbesteuer nicht nur erhalten bleibt, sondern dass sich die Einnahmesituation der Kommunen weiter verbessern wird. Mit der Stärkung der kommunalen Finanzkraft schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Städte und Kommunen in Zukunft wieder verstärkt investieren können, in Straßen, Schulen und andere öffentliche Gebäude.

## Stichwort 22: Wir investieren in Forschung und Entwicklung

In dieser Legislaturperiode stehen 6,5 Milliarden Euro zusätzlich für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE) zur Verfügung. Wir leisten mit diesem Programm einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon vereinbart haben: Bis 2010 soll der FuE-Anteil am Bruttoinlandsprodukt in der EU auf 3 Prozent wachsen. Länder und Wirtschaft sind aufgefordert, ihren Anteil beizutragen.

### Stichwort 23: Verstärkung der Verkehrsinvestitionen

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Deshalb hat die Koalition zusätzlich 4,3 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2006 – 2009 für verstärkte Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellt. Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vielen nachgelagerten Bereichen.

### Stichwort 24: Der Weg für eine Bahn mit Zukunft ist frei

Die Teilprivatisierung der DB AG verschafft dem Unternehmen frisches Kapital, um im Land zu investieren und in Europa konkurrenzfähig zu bleiben. Das sichert Arbeitsplätze in Deutschland, vor allem ab 2010, wenn der internationale Personenverkehr generell geöffnet wird. Es werden maximal 24,9 Prozent der Anteile verkauft, Netz und Infrastruktur bleiben vollständig in der Hand des Bundes und der konzerninterne Arbeitsmarkt ist gesichert.



## Stichwort 25: Wir machen die Gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest

Mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre reagieren wir auf den demografischen Wandel, der als Folge der steigenden Lebenserwartung und gesunkenen Geburtenrate die Rentenversicherung vor große Herausforderungen stellt. Die Gesetzliche Rentenversicherung bleibt für uns die wichtigste Säule der Altersversorgung. Der Beitragssatz für die Rentenversicherung von 19,9 Prozent wird in den nächsten Jahren stabil bleiben.

## Stichwort 26: Wir erhöhen die Beschäftigungsquote Älterer

Wir wollen die Beschäftigungschancen Älterer weiter erhöhen, weil wir in Zukunft auf ihre Qualifikationen nicht verzichten können. Mit der Initiative 50 plus geben wir ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, dass nicht nur eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist, sondern dass dieser Umorientierung auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen.

## Stichwort 27: Erhöhung der Renten

Nach 0,54 Prozent im letzten Jahr sind zum 1. Juli 2008 die Renten um 1,1 Prozent gestiegen. Diese Erhöhung ist nur deshalb möglich, weil die sogenannte „Riester-Treppe“ für die Jahre 2008 und 2009 ausgesetzt und in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt wird. Dies macht in diesem und im nächsten Jahr eine um jeweils rund 0,65 Prozentpunkte höhere Rentenanpassung möglich. Diese Maßnahme ist gerechtfertigt, weil so auch die Rentnerinnen und Rentner an der guten wirtschaftlichen Entwicklung und am Aufschwung beteiligt werden.

## Stichwort 28: Auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem

Mit der Gesundheitsreform haben wir unser Gesundheitssystem weiterentwickelt und die Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Drei entscheidende Maßnahmen haben wir durchgesetzt: Erstens ist künftig jeder gegen das Risiko Krankheit versichert. Dies war bisher nicht der Fall. Zweitens gilt in Zukunft: Prävention vor Behandlung und Rehabilitation vor Pflege. Und Drittens:

Gesundheit bleibt bezahlbar. Wir haben Wettbewerb unter den Kassen ermöglicht und Instrumente entwickelt, die zu einer effizienten Verwendung der Mittel führen. Der Gesundheitsfonds wird – wie bereits beschlossen – am 1. Januar 2009 starten.

### **Stichwort 29: Reform der Pflegeversicherung: ambulant vor stationär**

Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Die häusliche Pflege wird durch bessere und neue Leistungen gestärkt. Die Pflegeleistungen werden insgesamt angehoben und dynamisiert. Neu eingeführt wird ein eigenständiger Leistungsanspruch für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz. Gestärkt wird auch die Rehabilitation vor und in der Pflege, dazu werden die Übergänge zwischen Krankenhaus, Reha-Einrichtung und häuslicher, beziehungsweise stationärer Pflege deutlich verbessert.

### Stichwort 30: Entflechtung des föderalen Kompetenzwirrwarrs – Neuordnung der Bund-Länder-Finzenzen

Mit der Föderalismusreform haben wir für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung gesorgt. Die Zahl der Gesetze, die von der Zustimmung der Länder abhängig sind, sinkt und für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund und welche die Länder zu verantworten haben. Inzwischen hat auch die 2007 eingesetzte Kommission, die die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern prüfen und klarer regeln sollte, ihre Arbeit fast abgeschlossen. Die nun nötige Gesetzgebung beginnt noch Ende 2008 und wird bis zur Sommerpause 2009 ebenfalls umgesetzt.

## Stichwort 31: Wir schaffen „Kettenduldungen“ ab

Mit der Durchsetzung der Bleiberechtsregelung ist uns im letzten Jahr ein Richtungswechsel im Ausländer- und Asylrecht gelungen. Die Bleiberechtsregelung gibt den seit vielen Jahren in Deutschland geduldeten Ausländerinnen und Ausländern einen Ausblick auf eine lebenswerte Zukunft. Familien mit Kindern, die seit sechs Jahren, und Alleinstehende, die seit acht Jahren in Deutschland leben, können jetzt mit einem sicheren Aufenthaltsstatus rechnen.

## Stichwort 32: Gegen Rechtsextremismus

Wir reden nicht nur über den Kampf gegen Rechtsextremismus und das Eintreten für Demokratie – wir handeln auch. Unter Rot-Grün haben wir Programme gegen Rechtsextremismus aufgelegt und finanziert. Jetzt haben wir in der Großen Koalition dafür gesorgt, dass diese Programme verstetigt und noch besser finanziert werden. Im Haushaltsplan 2008 haben wir für das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ beispielsweise wieder eine Mittelerrhöhung auf 1 Million Euro durchgesetzt.

### Stichwort 33: Deutschland ist Vorreiter beim Klimaschutz

Deutschland nimmt eine weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz und beim Export modernster Umwelttechnologien ein. Wir haben die Umweltpolitik auf eine neue Grundlage gestellt, welche die Umwelt, Innovation und Beschäftigung nicht mehr als Gegensatz, sondern als Einheit begreift. Die Große Koalition hat mit dem Integrierten Klima- und Energieprogramm (IKEP) ein zukunftsweises Maßnahmenpaket beschlossen. Alle CO<sub>2</sub>-relevanten Schlüsselgebiete – von der Strom- und Wärmeproduktion bis zum Verkehr, von der Gebäudesanierung bis zur Energieeffizienz – werden mit dem Maßnahmenpaket einen neuen Schub erhalten und den Klimaschutz voranbringen.

## Stichwort 34: Starker Verbraucherschutz

Wir schützen die Verbraucherinnen und Verbraucher: Durch das neue Versicherungsvertragsgesetz werden Versicherte bei der Lebensversicherung angemessen an den mit ihren Prämien erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Erstmals erhalten Versicherungsnehmer auch einen Anspruch auf Beteiligung an den stillen Reserven. Auch die Beratungs- und Informationspflichten gegenüber den Kunden beim Abschluss von Versicherungen haben wir deutlich verbessert.

Einen starken Schutz bietet auch das Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge. Mit diesem haben wir die Altersvorsorge von Selbstständigen gesichert.

Und mit dem neuen Verbraucherinformationsgesetz erhalten Verbraucher erstmals einen bundesweit gesetzlich geregelten Anspruch auf Zugang zu Informationen über Lebensmittel, Futtermittel, Kosmetika und allen Produkten, die mit Haut und Schleimhäuten in Berührung kommen.

## Stichwort 35: Novelle des Gentechnikgesetzes

Im Gentechnikrecht ist der Schutz von Mensch und Umwelt weiterhin unser oberstes Ziel. Bei der Novelle des Gentechnikgesetzes haben wir daher durchgesetzt, dass Haftungsregelungen unverändert bestehen und öffentlich einsehbare Standortregister erhalten bleiben. Durch die neue „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnungsregelung können Verbraucherinnen und Verbraucher endlich mitentscheiden, ob sich gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem Markt durchsetzen oder nicht.

## Stichwort 36: Ein soziales Europa

Bei der europäischen Dienstleistungsrichtlinie ist es uns mit Hilfe unserer Abgeordneten im Europäischen Parlament gelungen, das Herkunftslandprinzip durch das Prinzip des freien Marktzugangs zu ersetzen. Damit haben wir ein wichtiges Zeichen gegen Lohn- und Sozialdumping gesetzt. Wir drängen darauf, dass die Europäische Kommission nun umgehend die angekündigte revidierte Sozialagenda vorlegt, um rasch weitere Fortschritte auf dem Weg zum sozialen Europa zu erzielen. Die Revision der europäischen Betriebsräterichtlinie mit der Stärkung der Arbeitnehmerrechte muss dabei zentraler Bestandteil sein.



## Stichwort 37: Deutsche Außenpolitik – Internationale Verantwortung

In der Kontinuität deutscher Außenpolitik lassen wir uns von den Werten und Interessen unseres Landes leiten. Deutschland wird international auch durch die SPD als Friedensmacht und verlässlicher Partner wahrgenommen.

Wir haben ein starkes Interesse an einer Stabilisierung der Situation in Afghanistan sowie an einem friedlichen Wiederaufbau. Angesichts der Lage in Afghanistan hat die SPD-Bundestagsfraktion im Oktober 2006 eine Task Force eingesetzt. Ziel war und ist es unter anderem, das bisherige deutsche und internationale Engagement in Afghanistan zu bewerten und Handlungsoptionen im Hinblick auf die Verlängerung der deutschen Beteiligung an den internationalen Missionen ISAF und OEF vorzulegen.

## Stichwort 38: G8-Gipfel – Ergebnisse zur Entwicklungspolitik

Die Ergebnisse des unter deutschem Vorsitz stehenden G8-Gipfels im Juni 2007 in Heiligendamm im Bereich Entwicklungszusammenarbeit waren ein großer Erfolg der Arbeit unserer Ministerin. Dieser Gipfel war einer, der nicht nur die großen Wirtschaftsthemen im Blick hatte, sondern sich um überlebenswichtige Themen wie Klimaschutz, Hunger, Armut und Aids gekümmert hat.

Wir haben für 2008 unsere Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit um rund 670 Millionen Euro erhöht. Deutschland steht damit weltweit an zweiter Stelle, wenn es um die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit geht. Der Anteil am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) ist von 0,36 Prozent für das Jahr 2006 auf voraussichtlich 0,37 Prozent für das Jahr 2007 gestiegen.

## Register

---

Arbeitslosengeld	06
Aufbau Ost	13
Ausländerrecht	25
Außenpolitik	29
BAföG	08
Bahnreform	20
Benachteiligte Jugendliche	08
Beschäftigung	04
Beschäftigung Älterer	21
Bürokratieabbau	14
Bundeshaushalt	16
Elterngeld	09
Entwicklungspolitik	30
Föderalismusreform	24
Forschung und Entwicklung	19
Gebäudesanierung	15
Gegen Rechtsextremismus	25
Gentechnik	28
Gesundheitsreform	22
Kinderzuschlag	11
Kita-Plätze	10
Klimaschutz	26
Mindestlohn	05
Pflegeversicherung	23

Rente	
– Gesetzliche Rentenversicherung	21
– Rentenerhöhung	22
Soziales Europa	28
Sozialversicherungsbeiträge	07
Steuergerechtigkeit	17
Steuern	
– Gewerbesteuer	19
– Unternehmensteuer	18
– Vergünstigungen	16
Unterhaltsrecht	11
Unternehmensgründungen	14
Verbraucherschutz	27
Verkehrsinvestitionen	20
Wirtschaftswachstum	12
Wohngeld	09